

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

30.1.1863 (No. 25)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. Januar.

N. 25.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.  
Einkaufsgeld: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 29. Januar.

### Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 20. Jan. 1863 gnädigst geruht, den Ingenieur und provisorischen Verwalter der Eisenbahnbau-Inspektion Waldschut, Franz Joseph Grabendörfer, zum provisorischen Vorstand der neu zu errichtenden Eisenbahnbau-Inspektion Donaueschingen, und den Revisenten bei dem Kontrollbureau der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Wilhelm Gerstner, zum Revisor bei dieser Stelle zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

**Itzehoe, 28. Jan. (W. L. B.)** In der heutigen Sitzung der holländischen Ständeversammlung beantragte Hr. Blome, eine Adresse an den König-Herzog zu richten, welche die verhängnisvolle Lage des Landes schildern und den Wunsch aussprechen soll, daß es der Regierung gelingen möge, Mittel zu einer friedlichen Lösung der schwebenden Frage ausfindig zu machen.

**Neu-York, 14. Jan.** Es geht das Gerücht, General Banks und Commodore Farragut seien auf dem Mississippi von den Südländern zurückgeschlagen worden.

**Neu-York, 15. Jan.** Im Kongress liegt ein Entwurf zur Anwerbung von 150,000 Negern vor. Hr. Spaulding führte aus, daß die Bundesregierung unmittelbar 150 Millionen Dollars bedürfe. — Die Unionisten haben den beabsichtigten Angriff auf Vicksburg aufgegeben. Die Secessionisten ziehen sich nach Springfield zurück. — Wechsel auf London 163. — Solbagio 48.

**Neu-York, 15. Jan.** Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind ohne Belang. In Nordkarolina stehen jetzt 50,000 Unionisten. Man sieht einer lebhaften Wiederaufnahme der Feindseligkeiten entgegen. — Der Kongress hat eine Bill über die Emission von 100 Mill. Doll. in Scheinen mit legalem Kurs angenommen. — Nach einem Gerüchte sollen 4000 Mann französischer Truppen in Matamoros (dem mexikanischen Grenzort gegen Texas zu) sich befinden.

**Neu-York, 16. Jan. (W. L. B.)** Die Botschaft des Präsidenten Davis an den Südstaatensatz: Der Süden wünscht den Frieden, aber sei entschlossen, sich nicht zu unterwerfen. Er beschuldigt die Bundesarmee eines abscheulichen, grausamen Verfahrens und sagt weiter: Die Bundesoffiziere, welche die Befreiungsproklamation auszuführen versuchten, würden als der Aufreizung zum Aufruhr schuldige Verbrecher betrachtet. Es sei ungerecht, daß die Mächte Europa's sich neutral erklärten, ohne den Süden anzuerkennen. Die Potomac-Armee würde nächstens wieder vorrücken.

**Karlsruhe, 25. Jan. (Wintervorlesung.)** Gestern konnte keine Vorlesung im Foyer des groß. Hoftheaters stattfinden; aber im naturwissenschaftlichen Vereine wurde mit Benutzung der Apparate des physikalischen Kabinetts in Anwesenheit der höchsten Herrschaften von Hofrath Kirchhoff aus Heidelberg ein überaus interessanter Vortrag über die Sonne gehalten. Der Redner bezeichnete dieselbe zunächst als unsere Wärmequelle und wies in zartförmiger Weise darauf hin, daß alles Leben der organischen Natur von derselben abhängig sei, daß ohne sie von einem Herannahen des Frühlings nimmer die Rede sein könnte, vielmehr alles Wasser bald in Eis umgewandelt, die vernunftlose Natur bald dem Tode verfallen wäre, und selbst der Mensch, wenn er sich auch eine Zeit lang noch mit der Erbschaft aus der Vorzeit, mit Holz und Steinkohlen, auszuhalten wüßte, zuletzt dennoch diese Vorzüge aufbrauchen und der allgemeinen Erstarrung erliegen müßte. In mehrfacher Beziehung sei es nun für die Erdbewohner von großer Wichtigkeit, daß die Sonne eine sehr bedeutende Größe habe. Ihr Durchmesser ist nämlich ungefähr hundertmal so groß als der Durchmesser der Erde; mithin ist ihre Oberfläche zehntausendmal so groß als die Erdoberfläche, und ihr körperlicher Inhalt eine Million mal so groß als der unserer Erde. Wenn nun auch das durchschnittliche Gewicht der Erdmasse fast dreimal so viel wiegt als eine gleich große Masse des Sonnenkörpers, so gibt hier dennoch die ungeheure Größe der Sonne einen so bedeutenden Ausschlag, daß sich für den ganzen Sonnenkörper durch die Berechnung ein Gewicht herausstellt, welches mehr als 350,000mal so groß ist als das der Gesamtmasse unserer Erde.

Fragen wir, wie es komme, daß die Sonne die Quelle unserer Wärme ist, so finden wir hierauf schon im griechischen Alterthum eine der Hauptsache nach richtige Antwort, indem dieselbe von Anaxagoras eine feurige Masse (*πυρρὸς ἄστὴρ*) genannt wird. Die Wissenschaft zwingt uns, anzunehmen, daß nicht allein die Sonne, sondern auch unsere Erde mit dem Monde nebst allen andern Planeten und Neben-

**Neu-York, 17. Jan. (W. L. B.)** Macclernand hat eine Expedition in Arkansas gemacht, die Position der Rebellen genommen, und sollen 7000 sich ergeben haben. Bragg ist durch Longstreet ersetzt. In Alabama wurden zwei Schiffe gekapert.

**Palermo, 27. Jan.** Einige aus dem Bagno von Sirgenti entkommene Sträflinge hatten auf dem Berg Spaccacio bei Castellamare eine Bande gebildet. Von Trapani dorthin gesandte Truppen haben sie angegriffen und zerstreut. Das Land ist durch die energischen Maßregeln der Behörde schnell beruhigt worden.

**Wien, 28. Jan. (W. L. B.)** Das Abendblatt der heutigen „Wiener Ztg.“ bringt ein Warschauer Telegramm vom 27. (Dienstag) Abends, folgenden Inhalts: In Ploz ist die Rekrutierung ohne Schwierigkeit ausgeführt worden. Die Verbindung zwischen Ploz und Warschau ist wieder hergestellt. Die Gegend um Modlin ist von Insurgenten gesäubert.

**Wien, 29. Jan.** Wie der „Presse“ gemeldet wird, hat der Senat zu Bucharest einen Antrag auf Absetzung Cusa's vorbereitet, weil derselbe die Verfassung in mehreren Punkten verletzt habe.

**Atten, 27. Jan.** Die Nationalversammlung erklärt sich für konstituiert. Der Präsident soll auf Monatsdauer gewählt werden. Zunächst wird wahrscheinlich Valbis als solcher gewählt werden.

### Die Kreisgerichts-Eintheilung.

Die Beschaffenheit und Gestalt unseres Landes bietet schon nach einem Blick auf die Karte für eine Eintheilung desselben in Gerichtsbezirke sehr viele Schwierigkeiten dar. Entweder sind einzelne Gegenden wegen der Entfernung vom Gerichtssitz unzufrieden, oder es ergeben sich, wenn man alle Orte befriedigen will, andere Unzuträglichkeiten, von den ohnedies in's Spiel kommenden Kirchthürmsinteressen gar nicht zu reden.

Die jüngsten Bestimmungen der Staatsregierung über die Kreisgerichts-Sitze haben nach verschiedenen Auslassungen in öffentlichen Blättern namentlich, wie man sagt, den Schwarzwald nicht befriedigt. Nach den der Bestimmung vorausgegangenen mündlichen und schriftlichen Erhebungen kann dieser Schwarzwald nur aus den Amtsgerichten Billingen und Donaueschingen und etwa noch aus dem Amtsgericht Triberg bestehen, denn alle übrigen Amtsgerichte des Schwarzwaldes haben die getroffene Eintheilung theils ausdrücklich gewünscht, theils ist sie ihren Interessen so augenscheinlich angemessen, daß eine Beschwerde unmöglich angenommen werden kann.

Es sind also höchstens die genannten drei Amtsgerichtsbezirke des Schwarzwaldes, welche als die Beschwerdeführenden angesehen werden können, sofern nicht etwa weitere Bezirke inzwischen andern Sinnes geworden sind. Jene Amtsgerichte zählen etliche 50,000 Seelen und geben den Gerichten nach den bisherigen Erfahrungen nicht etwa mehr Beschäftigung als andere Gegenden bei gleicher Seelenzahl, sondern eher weniger. Kann man nun für diese Seelenzahl ein besonderes Kreisgericht bilden, selbst wenn es so schwach, als nach der Gerichtsverfassung möglich, besetzt wäre?

planzen sich in der Vorzeit in einem feurig-flüssigen Zustande befunden haben. Da nun der Sonnenkörper von so bedeutender Größe ist, so hat sich seine Gluth selbst an seiner Oberfläche bis jetzt erhalten können; der weit kleinere Erdkörper dagegen ist auf seiner Oberfläche bereits abgekühlt und nur das Innere desselben glüht noch und gibt bei vulkanischen Ausbrüchen zuweilen Zeugnis von diesem Zustande, während auf dem fünfzigmal kleineren Monde die Abkühlung schon so weit vorgeschritten ist, daß sich auf demselben gar kein Wasser mehr, wenigstens nicht in flüssigem Zustande, befindet. Das von uns unmittelbar wahrgenommene und nachweislich unmittelbar von der Sonne ausgehende Licht berechtigt uns, die letztere zugleich als die Quelle der Wärme anzusehen, und die Erscheinungen, welche sich auf dem Wege des Versuches herstellen lassen, stehen mit dieser Annahme und mit den über die Wärmezustände der Weltkörper geäußerten Ansichten im vollkommensten Einklange. Wenn wir z. B. einen eisernen Ofen heizen, so strahlt er zunächst in allmählig steigenden Graden Wärme aus, und bei zunehmender Hitze treten endlich Lichterscheinungen ein; er wird glühend. Wird die Heizung wieder schwächer, so hören zunächst die Lichterscheinungen auf, und dann tritt allmählig die Erstarrung ein. Haben wir strengen Winter und setzen wir vor der Heizung ein Gefäß mit Eis auf den Ofen, so wird letzteres beim Steigen der Temperatur allmählig seinen Aggregatzustand verändern; es wird sich zuerst in Wasser auflösen und dieses wird sich alsdann in Dampf verflüchtigen. Auf ganz ähnliche Weise kann nun ein glühender Weltkörper an seiner Oberfläche einen Theil seiner Bestandtheile in Dämpfe oder Gase auflösen und wird dadurch einen Dunstkreis, eine Atmosphäre erhalten. Eine solche Atmosphäre läßt sich nun zur Zeit einer totalen Verfinsternung an der Sonne wahrnehmen. Wir bemerken nämlich alsdann rings um den beschatteten Sonnenkörper einen unregelmäßig geformten, oft gezackten oder zerstückten, stellenweise stärker oder schwächer erleuchteten Kranz, die sogenannte Corona. Man hat diese Erscheinung schon für die Wirkung von ungeheuren Gebirgen des

Man kann es allerdings, aber nur in der sichern Voraussetzung, daß die Mitglieder dieses Gerichts kaum die Hälfte ihrer Zeit beschäftigt und somit die erheblichen Kosten eines solchen Gerichts zum guten Theil unnütz aufgewendet wären. Da nun die neue Gerichtsverfassung ohnedies einen sehr großen Mehraufwand veranlaßt, und weil ferner feststeht, daß die dortige Gegend durch eine Eisenbahn mit Konstanz verbunden, also die Klage über allzu große Entfernung bald beseitigt sein wird, so hat man es auf anderer, nicht theilhabender Seite sehr begreiflich gefunden, daß die Regierung von der Bildung eines eigenen Kreisgerichts in Billingen Umgang genommen hat.

Anderß würde sich die Sache allerdings stellen, wenn nun auf einmal noch weitere Bezirke mit dem Wunsche, nach Billingen eingetheilt zu werden, auftreten würden. Die Regierung würde daraus ohne Zweifel Veranlassung nehmen, die Frage nochmals in Erwägung zu ziehen. Daß man jedoch Bezirke und Orte, welche die Eintheilung zu anderen Gerichtsbezirken vorzuziehen gute Gründe haben, zu Gunsten Billingsens und der nächsten Umgebung zwingen soll, nach Billingen zu gehen, das können die Beschwerdeführer wohl nicht verlangen, ohne damit ihre eigene Beschwerde für grundlos zu erklären.

### Französische Note, Amerika betreffend.

**Paris, 28. Jan.** Der „Moniteur“ veröffentlicht eine Note des Hrn. Drouyn de Lhuys an Hrn. Mercier, französischen Gesandten in Washington.

Der Minister des Auswärtigen macht zuerst darauf aufmerksam, daß Frankreich durch die Erfolglosigkeit seines ersten Vermittlungsversuchs hätte zurückgeschreckt werden können, wenn es nicht zu schmerzlich berührt würde durch den fürchterlichen Krieg, der jetzt in den Vereinigten Staaten wüthet. Als Einwurf gegen jeden Vermittlungsversuch habe man geltend gemacht: erstens den Widerwillen der Vereinigten Staaten gegen jede Dazwischenkunft des Auslandes, und zweitens die Hoffnung der Bundesregierung, den Streit mit den Waffen zu lösen. Freundschaftliche Anträge einer neutralen Macht könnten aber den Stolz eines großen Volkes nicht verletzen, namentlich wenn man, wie Frankreich, keine bestimmten Grundlagen der Unterhandlungen angerathen und dem Vaterlandsgefühl der Vereinigten Staaten alle schuldbige Rücksicht gezollt. Der nationalen Empfindlichkeit Rechnung zu tragen, sei Frankreich auch jetzt noch bereit, und erkenne vollständig das Recht der amerikanischen Regierung an, jede fremde Einmischung zurückzuweisen. Doch sei eine fremde Einmischung nicht der einzige Weg, ein schleunigeres Ende des Krieges herbeizuführen, und das Kabinett von Washington könne, ohne sich etwas zu vergeben, in direkte Unterhandlungen mit den Behörden treten, welche den Süden vertreten.

Nach dieser Einleitung fährt die Note in folgender Weise fort:

Die Bundesregierung verzweifelt, wie wir wissen, nicht daran, den Feindseligkeiten einen kräftigeren Schwung zu geben; die Opfer haben noch nicht ihre Hülfsquellen und noch weniger ihre Beharrlichkeit und Festigkeit erschöpft; — mit einem Wort, die Dauer des Kampfes hat ihr Vertrauen auf den definitiven Erfolg ihrer Anstrengungen nicht erschüttert. Aber die Eröffnung von Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Parteien schließt nicht nothwendiger Weise die sofortige Ein-

Sonnenkörpers gehalten; aber seine Gestalten sind einerseits nicht beständig, andererseits zeigen sie zuweilen Formen, welche unmöglich mit dem Sonnenkörper in ununterbrochenem Zusammenhange stehen können, und wir müssen sie deshalb einer Atmosphäre der Sonne zuschreiben und dürfen sie mit den Wolken unserer Erde vergleichen, welche ja auch oft gar phantastische Gestalten annehmen und zugleich die Sonnenflecken erklären, welche man auf der Oberfläche des Sonnenkörpers wahrzunehmen pflegt.

Vereinigen wir die Lichtstrahlen eines leuchtenden Körpers durch ein Brennglas oder durch einen Brennpunkt in dem sogenannten Brennpunkte, so wird nicht allein das Licht verstärkt, sondern es wird zugleich die Temperatur des Brennpunktes erhöht, und dies kann bekanntlich in dem Maße stattfinden, daß brennbare Gegenstände, die sich an dieser Stelle befinden, entzündet werden. Diese Verstärkung des Lichtes wird durch eine Ablenkung der Lichtstrahlen nach dem genannten Punkte, durch die sogenannte Brechung derselben zu Stande gebracht, über welche der Redner einige gelegentliche Erläuterungen gab, wobei er zugleich auf den Einfluß derselben bei Brillen und Fernrohren hinwies. Er machte sodann gewöhnliches Gaslicht durch reichliche Zuleitung von Sauerstoff farblos, zerlegte dasselbe durch ein dreiseitiges Prisma in die bekannten Regenbogenfarben, das Spektrum, und machte darauf aufmerksam, daß die rothen Strahlen stets am wenigsten, die violetten dagegen am meisten von ihrer ursprünglichen Richtung abgelenkt werden. Wird Natrium in die Flamme gebracht, so erzeugt dies im Spektrum an einer bestimmten Stelle zwei gelbe Strahlen, welche durch einen schmalen dunkeln Streif von einander getrennt sind. Leitet man dagegen das Licht durch Natriumbämpfe und zerlegt es dann durch das Prisma, so zeigen sich genau an der Stelle, wo sich vorher die zwei gelben Natriumstrahlen befanden, zwei dunkle Streifen, so daß also nach dem Durchgange durch das Natriumgas gerade die Farbe im Spektrum schwächer erscheint und fast fehlt, welche durch das Verbrennen des Natriums in dem Spektrum

lung der Feindseligkeiten ein. Friedensunterhandlungen sind nicht immer die Folge eines Aufhörens des Kampfes; im Gegentheil, sie gehen meist dem Zustandekommen eines Waffenstillstandes voraus. Wie oft hat man nicht die Bevollmächtigten sich vereinigen gesehen, Mittheilungen austauschen, über die wesentlichen Vertragsbestimmungen übereinkommen, kurz, selbst die Frage über Krieg oder Frieden entscheiden, während die Leiter des Heeres den Krieg fortsetzten und bis zum letzten Augenblick durch die Waffen die Bedingungen des Friedens zu modificiren suchten? So hatten, um nur an eine der Geschichte der Vereinigten Staaten angehörige Thatsache zu erinnern, die Verhandlungen, die deren Unabhängigkeit gesichert, lange vor dem Aufhören der Feindseligkeiten in der neuen Welt angefangen und der Waffenstillstand wurde erst durch den Akt vom 30. Nov. 1782 geschlossen, der unter dem Namen von provisorischen Artikeln die Hauptbedingungen des definitiven Vertrags von 1783 im Voraus in sich schloß.

Nichts würde also die Regierung der Verein. Staaten hindern, ohne beschwären auf die Vortheile zu verzichten, die sie von der Fortsetzung des Krieges erwarten zu können glaubt, daß sie mit den Südstaatlichen in Besprechungen trete, in dem Falle, daß diese sich selbst dazu geneigt zeigten. Vertreter oder Kommissäre beider Parteien würden sich auf irgend einem Punkt versammeln, den sie dazu als passend bezeichnen würden, und der zu diesem Zweck neutral erklärt werden könnte. Die beiderseitigen Beschwerden würden in dieser Versammlung geprüft. An Stelle der Beschuldigungen, die Norden und Süden sich jetzt gegenseitig vorwerfen, würde eine gegenläufige Erörterung der Interessen treten, welche sie trennen. Sie würden durch eine regelmäßige und gründliche Berathung unterzogen, ob diese Interessen definitiv unvereinbar sind, ob die Trennung ein äußerstes Ausnahmismittel ist, das nicht mehr vermieden werden kann, oder ob die Erinnerungen an ein gemeinsames Dasein, ob die Bande jeder Art, die aus Nord und Süd einen und denselben Bundesstaat gemacht und ihn zu einer so hohen Stufe des Wohlstandes emporgehoben haben, nicht mächtiger sind, als die Ursachen, welche den beiden Völkern die Waffen in die Hand gegeben haben.

Eine Unterhandlung, deren Gegenstand so bestimmt wäre, würde keinem der Einwürfe gegen eine europäische Einmischung unterliegen, und ohne dieselben Hoffnungen, wie unmittelbarer Abschluß eines Waffenstillstandes, zu erwecken, könnte sie doch einen glücklichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausüben. Warum sollte also eine Kombination, die für die Vereinigten Staaten so rücksichtsvoll ist, nicht die Zustimmung der Bundesregierung erhalten? Unsererseits überzeugt, daß sie den wahren Interessen derselben gemäß ist, werden wir nicht anstehen, sie deren Aufmerksamkeit zu empfehlen, und da wir in dem Plan einer Vermittelung von Seiten der Seemächte keine eitle Schaustellung unseres Einflusses gesucht haben, so würden wir, vollständig frei von irgendwem verletzter Eigentliebe, der Eröffnung von Unterhandlungen unsern Beifall zollen, welche die Bevölkerung des Nordens und des Südens berufen würde, ohne Europa's Zutun die Lösung ihres Streites zu besprechen. Ich fordere Sie auf, mein Herr, diese Versicherung dem Kabinet von Washington zu geben, indem Sie dessen Weisheit Rathschläge empfinden, die von der aufrichtigsten Theilnahme am Wohl der Vereinigten Staaten eingegeben sind. Sie sind außerdem ermächtigt, wenn Ihnen Hr. Seaward diesen Wunsch andrücken sollte, ihm eine Kopie dieser Depesche zu lassen. — Drouyn de Lhuys.

### Deutschland.

**München, 26. Jan.** Man schreibt dem „Nürn. Corr.“: Bezüglich der weiteren Schritte, welche Oesterreich und die Mittelstaaten in den Bundesreform-Angelegenheiten thun werden, sollen, wie es heißt, in kürzester Zeit erneute Ministerkonferenzen in Wien stattfinden.

**München, 27. Jan.** (W. L. B.) Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Turin von heute meldet, der Kriegsminister habe einen Befehl erlassen, dem zufolge die Kontribuirten der Altersklasse von 1856 und 1857 aller Waffengattungen, sowohl der aktiven Korps wie der Depots, vom 1. Febr. an einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten sollen.

**Oldenburg, 23. Jan.** Der „Oldenburg. Ztg.“ zufolge wird der Großherzog in den nächsten Tagen eine Reise nach Petersburg antreten.

**Zeeho, 24. Jan.** (N. Frk. Ztg.) Die zwölfte ordentliche holsteinische Ständeversammlung ist heute eröffnet worden, und gleich in der ersten Sitzung kam es zu einem Konflikt zwischen dem königl. Kommissär, Regierungsrath v. Warnstedt, und dem Alterspräsidenten d'Aubert. Der

königl. Kommissär v. Warnstedt wies die Mitglieder auf die königl. Bottschaft hin, die sich in ihren Händen befindet (sie enthält in vollstlicher Beziehung nichts als die Erklärung, daß auf die Verfassungsanträge der letzten Versammlung nicht eingegangen werde); er persönlich wisse von sich, daß ihm die Eigenschaften, die an seinem Blase nöthig seien, zum großen Theil abgingen, hoffe indessen auf Nachsicht u. s. w. Justizrath d'Aubert als Alterspräsident: Er wolle nicht, wie kürzlich ein Alterspräsident jenseits der Königsau, die Versammlung aufregen. Seit der letzten Session seien zwei bedeutende Mitglieder aus der Versammlung geschieden. Das letzte Schmerzenswort des Einen (Kanzler) sei gewesen, daß Zweideutigkeit und Mangel an Wahrhaftigkeit in der Regierung herrsche. Das andere Mitglied, das durch Gottes Rathschluß abgerufen worden (Lehmann), habe bis zum letzten Augenblick sich dem Kampfe fürs Vaterland, für Wahrheit und Recht gewidmet. Sein Ideal war: Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit; dies gab ihm jene Zuversicht auch in dem Kampfe für sein engeres Vaterland. Ehre seinem Andenken im Namen des Vaterlandes! Zehn Jahre seien bereits verflossen, und noch seien die Zusicherungen des Königs nicht Wahrheit geworden; noch denken die Minister nur daran, aus den selbständigen Herzogthümern Provinzen zu machen. Doch habe das Recht sich inzwischen mehr und mehr Bahn gebrochen, wofür namentlich dem edlen Grafen in der englischen Regierung Dank gebühre. Sider werde auch die Versammlung in ihrem Kampfe für das Recht nicht wanken. Der Kommissär: Er müsse von vornherein bitten, daß Aeußerungen, wie Zweideutigkeit und Mangel an Wahrhaftigkeit in der Regierung, hier nicht wieder vorkämen; ebenso, daß unter dem Szepter Sr. Majestät selbständige Staaten verbunden seien. d'Aubert: Wenn ich von Zweideutigkeit und Mangel an Wahrhaftigkeit in der Regierung gesprochen, so habe ich nur Worte angeführt, die in der letzten Session hier gesprochen worden sind. Der Kommissär: Gleichviel, ich bitte solche Aeußerungen nicht wieder vorzubringen. Bei der Präsidentschaftswahl wird wieder Baron v. Scheel-Plessen, und zwar auch diesmal wieder einstimmig, zum Präsidenten gewählt; zum Vizepräsidenten wieder und fast eben so einstimmig Kaufmann Reinitz.

**Berlin, 27. Jan.** Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht die Anrede der letzten Lokaltagsdeputation und die Antwort des Königs. Generalsuperintendent Grauz äußerte hiernach u. A.: „Wir wollen uns in dem allerpersönlichsten Verhältnis der Liebe und Treue gegen unsern König nicht beirren lassen durch die keineswegs verfassungsmäßigen Bestrebungen Derer, welche darauf ausgehen, Ew. Königl. Majestät persönliches Regiment zu beeinträchtigen.“ Die Antwort des Königs enthält die bekannten Anschauungen und Versicherungen. Die Armeeorganisation sei sein eigenes Werk, die Finanzen des Staats gestatteten die Mehrausgaben, er wolle die Verfassung halten, „aber nicht wie sie von Menschen ausgelegt wird, welche dahin streben, in die königliche Macht einzugreifen“. Die ganze gegenwärtige Agitation sei durch Entstellung der Wahrheit hervorgerufen; er hoffe aber, „wenn mit Konsequenz auf der von seiner Regierung eingeschlagenen Bahn fortgefahren werde“, der Wahrheit doch den Sieg zu verschaffen. — Die „Volkszeitung“ schreibt: „In der Stadt zirkulirt das Gerücht: Schulze (Delisch) sei von Hrn. v. Bismarck zum Duell gefordert worden, und zwar wegen Heiterkeitsäußerung bei der neulichen Rede des Hrn. Ministers in der Adresskommission. Das Gerücht ist falsch.“

**Berlin, 27. Jan.** Im Herrenhause ist (der „Köln. Ztg.“ zufolge) von der Fraktion Stahl eine Adresse in Anregung gebracht worden, welche natürlich zu der Adresse der Abgeordneten einen scharfen Gegensatz bilden soll. Die Fraktion Hohenlohe, zu welcher die konservativ-liberale hohe Aristokratie, an ihrer Spitze die Herzoge von Ratibor und von Ujest, gehört, sowie die Vertreter der Städte haben jedoch gegen eine Adresse sich ausgesprochen. Da demnach eine Adresse im Herrenhause mit einer sehr bedeutenden Minorität beschlossen werden würde, so dürfte sie gänzlich unterbleiben. Das Abgeordnetenhaus sucht den Konflikt zur Entscheidung zu bringen, das Ministerium ihn in die Länge zu ziehen. Hr.

Spektralanalyse drei neue chemische Elemente entdeckt worden, nämlich das Rubidium und Cäsium durch Bunsen in Heidelberg und das Thallium durch die Engländer Crookes und Lamy.

Bei den Untersuchungen der Sonnenatmosphäre, welche wir dem Redner zu verdanken haben, sind die Beobachtungen von Nutzen gewesen, welche schon 1802 von dem Engländer Wollaston, und 1814 in eingehenderer Weise und unabhängig von den früheren Beobachtungen von Fraunhofer in München gemacht worden sind. Beide haben nämlich die Beobachtung gemacht, daß sich in dem Spektrum des Sonnenlichtes zahlreiche dunkle Streifen befinden, und Fraunhofer hat die Stellen und die Stärke derselben in einer Abbildung, wovon eine Photographie in vergrößertem Maßstab auf weisem Grund objektivirt wurde, mit zuverlässiger Treue festgesetzt. Der Redner hat diese Thatsache seinen weiteren Forschungen zu Grunde gelegt; er hat die Wirkungen bekannter Stoffe unseres Erdbodens damit verglichen und hierauf seine Schlüsse auf die Bestandtheile der Sonnenatmosphäre gebaut, und es war ihm vergönnt, auf diesem Wege das Vorkommen einer Reihe von Stoffen auf einem Weltkörper zu entdecken, welcher beinahe 21 Millionen Meilen von uns entfernt ist. Zu diesen Stoffen gehören insbesondere Eisen, Kupfer, Natrium, Calcium, Chrom, Barium und Nickel. Dagegen ist es bis jetzt noch nicht gelungen, Gold, Silber, Quecksilber und Blei in der Sonnenatmosphäre nachzuweisen. Die Wissenschaft hat damit einen großen Triumph gefeiert, und das In- und Ausland hat bereits durch glänzende Anerkennungen den Entdecker und damit zugleich sich selbst geehrt; aber von den Zuhörern hat keiner, der es nicht schon wußte, erfahren, wem wir diese großen Erfolge zu verdanken haben, weil der Redner selbst der Entdecker ist, und die Anspruchseligkeit desselben die Mittheilung dieser Thatsache der Versammlung vorenthielt.

v. Bismarck hat neuerdings geäußert, der andauernde Konflikt werde zur Folge haben, daß das preussische Volk eines Andern sich besinne. Gines seiner Pressorgane sagt, die Regierung brauche die Dinge nur eben gehen zu lassen, um alle Vortheile auf ihrer Seite zu haben. Eitle Hoffnungen! Der politische Geist und die politische Gesinnung des preussischen Volkes sind mächtig erstarrt. Je länger der Konflikt dauert, desto schwieriger wird seine Heilung, desto größere Garantien müssen dem Lande gegeben werden. Zu einer Auflösung des Abgeordnetenhauses, sagt das offiziöse Organ, hat die Regierung keinen „Grund“. Grund genug hätte sie schon, aber keinen Nutzen.

Der „Staatsanzeiger“ schreibt:

Wir waren bereits ermächtigt, in unserer Nummer vom 23. d. M. die in verschiedenen österreichischen Blättern, unter andern in der „Wiener Ztg.“, dem Organ für amtliche Veröffentlichungen, verbreiteten Angaben, als sei von Berlin aus die Initiative zu einer Zusammenkunft mit dem kaiserl. österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ergriffen worden, als unwar zu bezeichnen. Nichtsdestoweniger fährt der Wiener „Botschafter“ und zahlreiche andere Blätter des In- und Auslandes, welche in offiziellen Beziehungen stehen, fort, jene erdichtete Nachricht zu wiederholen oder aufrecht zu erhalten. Die Absichtlichkeit, welche bei der Fortsetzung dieses Verfahrens unverkennbar zu Tage tritt, dürfte die königl. Regierung endlich in die Nothwendigkeit versetzen, durch Veröffentlichung von amtlichen Aktenstücken der Verbreitung von dergleichen tendenziösen und lügenhaften Entstellungen ein Ziel zu setzen.

**Berlin, 28. Jan.** (Köln. Ztg.) (Abgeordnete-nhaus.) In der heutigen Sitzung war das Ministerium nicht vollzählig. Die Rede Twisten's, welche sich durch seine staatsrechtliche Ausführungen gegen die absolutistische Theorie der Budgetlosigkeit auszeichnete, erntete reichen Beifall. Namentlich erregte die Aeußerung des Redners, daß ein Verfassungsbruch die heiligsten Bande zerreißen würde, großes Aufsehen. Selbst ein ostromirtes Wahlgeseß, bemerkte Twisten, würde der Regierung nicht zu einer Majorität verhelfen, indem Vermögen, Besitz und Intelligenz für die Verfassung seien. Janiszewski sprach für die Adresse, weil die Verfassung auch ihm Rechte sichere. Bezüglich des Tages über die auswärtige Politik vermahnte er seine Landleute gegen jede Einmischung. (Das Zentrum scheint gleichfalls zum Theil für die Adresse zu sein. Kohlen ist dafür eingeschrieben.)

Nach einer glänzenden Rede des Abg. Schulze (Berlin) weist der Finanzminister die Vorwürfe gegen die Regierung als unbegründet zurück. Der Art. 99 sei nicht durch die Regierung verletzt; die Vorlage des Budgets sei ja erfolgt; Weiteres hänge vom Ministerium nicht ab, das für das Herrenhaus nicht verantwortlich sei; er persönlich bedauere lebhaft den etatslosen Zustand; die Regierung suche Lösung durch nachträgliche Bewilligung des Budgets für 1862 nicht als Staatsüberschreitung; nach dem Wille März erfolgten Kassenschluß sei die Einbringung in Rechnungsform möglich; das Verfahren der Regierung möge nicht verfassungsgemäß sein, verfassungswidrig sei es nicht.

Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Es folgen die Antragssteller und der Berichterstatter.

**Breslau, 26. Jan.** Die „Schl. Ztg.“ schreibt: „Heute früh sollten mit dem Schnellzug alle hier nur irgendwie verfügbaren Gendarmen an die polnische Grenze abgehen, um die Sicherheit diesseits zu unterstützen.“

**Posen, 26. Jan.** (Allg. Ztg.) In unserer Stadt herrscht Ruhe, doch sind vom Militär große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Nur ein polnischer Handwerker versuchte gestern Abend Unruhen zu erregen, indem er auf der Straße ein Doppelzerol abwarf, ohne jedoch Jemanden zu beschädigen. Er wurde verhaftet und die Ruhe nicht weiter gestört. Alle Forts unserer Festung haben eine verstärkte Besatzung erhalten, und 36 Offiziere versehen den Wachdienst. Alle Wachen sind verstärkt, die Posten ziehen mit geladenen Gewehren auf, und zahlreiche starke Patrouillen durchziehen Abends und während der Nacht die Straßen. Wie verlautet, hat der kommandirende General unserer Provinz, Graf Waldersee, die Einziehung der Reservisten angeordnet. Heute ist eine Abtheilung Husaren von hier nach der Grenze abgegangen, und morgen folgt dahin ein Bataillon Infanterie nebst zwei Geschützen. Der Oberpräsident Horn ist hier eingetroffen.

**Wien, 28. Jan.** Die „Generalkorrespondenz“ drückt dem Artikel des gestrigen „Staatsanzeigers“ gegenüber ihre Bewunderung aus, daß Hr. v. Bismarck, anstatt amtlich von tendenziösen, lügenhaften Entstellungen reden zu lassen, nicht endlich klar und bestimmt erkläre, auf welchem Weg ihm die Aufforderung zu der Unterredung mit dem Grafen Rechberg zugekommen sei. Sollte dies etwa durch den Grafen Thun geschehen sein, so lag doch nichts näher, als bei einem Diplomaten, der nicht zu Berlin akkreditirt ist, sich nach seiner Bevollmächtigung zu solcher Eröffnung zu erkundigen.

**Zinsbruck, 27. Jan.** (Tyroler Landtag.) Der Antrag der Landtags-Abgeordneten Fürstbischof von Brixen, von Trient Kanonikus Mair, Abt Pirmin, Probst Haidegger, Abt von Gries, Erzpriester Strofio, Kurat Auer und Rector magnificus P. Wenig auf Abänderung des Protokollantepats für Tyrol geht dahin, daß keine Bildung einer protestantischen Gemeinde im Lande zugelassen werde, und die in Tyrol sich aufhaltenden Protestanten in seelsorglicher Hinsicht an die zunächst gelegene Gemeinde Oesterreichs gewiesen werden, jedoch unter Aufrechthaltung der privaten Religionsübung. Der Ankauf unbeweglicher Güter sei von Fall zu Fall durch ein Landesgesetz zu gestatten. Dieser Antrag sei vom Landtag nach §. 17 des Landesstatuts in Verhandlung zu nehmen (also als Landesgesetz), oder wenn nach §. 19 der Landesordnung (als Antrag des Landtags), nur unter ausdrücklicher Wahrung der Landesrechte.

### Oesterreichische Monarchie.

**Lemberg, 26. Jan.** Ein Extrablatt der „Gazeta Narodowa“ bringt die verbürgte Mittheilung, daß die wider-

desselben erzeugt wird. Es wird demnach das gelbe Licht, welches der verbrennende Körper im Spektrum erzeugt, beim Durchgange durch sein Gas absorbiert, und hierdurch entstehen nach diesem Durchgange jene zwei dunkleren Streifen in seinem Spektrum. Dieses von dem Redner entdeckte und bewiesene Gesetz hat derselbe noch an mehreren andern Körpern nachgewiesen. Verbrennt man Rubidium, so zeigen sich in dem Spektrum der Flamme zwei rothe Linien. Bringt man Cäsium oder Thallium in die Flamme, so erscheinen in jenem Falle zwei blaue Linien, in diesem eine grüne Linie; wenn man dagegen die Strahlen der gewöhnlichen Flamme durch die Dämpfe von Cäsium oder Thallium gehen läßt und dann durch das Prisma zerlegt, so zeigen sich in jenem Fall an den bestimmten Stellen zwei dunklere, in diesem dagegen ein dunklerer Streif. Selbst wenn zwei Körper zugleich angewandt werden, erscheinen in dem Spektrum bei der Verbrennung derselben die entsprechenden Farblinien, und nach der Durchleitung durch ihre Gase die dunklen Streifen von beiden Körpern an den bestimmten Stellen. Verbrennt man z. B. Natrium und Thallium, so zeigt das Spektrum ihrer Flamme die beiden gelben Linien und die grüne; leitet man dagegen das gewöhnliche Licht durch das Gas von beiden und zerlegt es nachher in das Spektrum, so finden sich in demselben sowohl die beiden Streifen des Natriums, als auch die des Thalliums als dunkle Linien.

Liegen nun in beiden Richtungen genügende Erfahrungen vor, so muß man auch einestheils aus den Farben, welche sich in dem Spektrum einer Flamme zeigen, auf die darin verbrennenden Stoffe und andernteils aus dem Ort, wo die dunklen Linien im Spektrum erscheinen, auf die Gase schließen können, durch welche die Strahlen einer Flamme oder eines glühenden Körpers gegangen sind. Jenes ist nun in neuester Zeit zum Behufe von Analysen der auf der Erde befindlichen Körper, dieses zur Untersuchung der Sonne in Anwendung gebracht worden, und man hat sich der überraschendsten Erfolge zu erfreuen gehabt. In den drei letzten Jahren sind mittelst der

handlungsbedürftigen Rekrutierungsflüchtlinge in Folge Aufforderung des Warschauer Zentralkomitees auseinandergehen. Die galizisch-polnische Grenze wurde von Kosaken geschlossen. Der Redakteur des „Dziennik polski“ wurde heute gegen Kaution seiner Haft entlassen.

**Lemberg, 27. Jan. (W. T. B.)** Nach einer von der „Gazeta Narodowa“ veröffentlichten Krakauer Korrespondenz hat das polnische Zentralkomitee am 22. Jan. (Donnerstag) zwei Proklamationen erlassen, deren eine die ganze polnische Nation zu den Waffen ruft, während die andere die Verteilung von Grundbesitz an das Landvolk verspricht, wofür die Gutsbesitzer aus Nationalmitteln zu entschädigen wären. Auch den Wittwen und Waisen der im Kampf Fallenden wird Grundbesitz zugesichert. — Pultusk und Kelnio (Städtchen in Masowien, dem westlichen Teil des Gouvernements Warschau) sollen von Aufständischen besetzt sein; in Badzjyn (Städtchen in dem südwestlichen Gouvernement Radom) soll die russische Besatzung niedergemetzelt worden sein.

### Schweiz.

**Bern, 28. Jan. (Bund.)** Die Konferenzen, betreffend den Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich, haben wirklich, wie beabsichtigt war, am Montag den 26. d. in Paris begonnen.

### Frankreich.

**Paris, 28. Jan.** Auf dem letzten Tuilerienballe bemerkte man die Anwesenheit des ehemaligen neapolitanischen Ministers Canofari, sowie zahlreicher Damen der neapolitanischen Aristokratie, die keineswegs durch Hr. v. Nigra bei Hof vorgestellt worden waren. — Aus Anlaß der Aufforderung des Bischofs Dupanloup veröffentlichte das „Journ. des Deb.“ einen Artikel aus der Feder des Hrn. Weiss, in welchem der Bischof von Orleans und die katholische Kirche zum Gegenstand ironischer Angriffe gemacht werden. Wegen dieses Artikels wird nun das Parquet gegen den Eigentümer der „Debats“, Hrn. Bertin, und gegen den Verfasser des Artikels, Hrn. Weiss, wegen Angriffe auf die Religion und einen Priester (ministre du culte) gerichtlich einschreiten. — Unter dem 17. richtete Hr. Emil Ollivier ein Schreiben an den Polizeipräfekten, um die Ermächtigung zu einer öffentlichen Versammlung behufs der Annahme von Subskriptionen zu Gunsten der erwerbslosen Arbeiter zu erhalten. Vorigen Sonntag eröffnete der Polizeikommissär des betr. Viertels Hrn. Ollivier, daß er vom Polizeipräfekten beauftragt sei, ihm mündlich mitzutheilen, daß die nachgesuchte Autorisation nicht gewährt werden könne.

Die „France“ hat Privatberichte aus Orizaba und Vera-Cruz (19.). Diefem Schreiben zufolge hätte sich der wichtige mexikanische Staat Yucatan, sowie die größeren Städte des Staats Tabasco für die Franzosen ausgesprochen, und die Juristen von Vera-Cruz selbst fangen an einzusehen, daß ihre Sache verloren ist. General Forey, welcher sich gegen die Indianer sehr freundlich erwies, sie in ihren „Milpas“ besuchte, wird von ihnen „Zata“, General, heißen, was dem vertraulichen „Batushka“, kleiner Vater, der Russen entspricht. — Dasselbe Blatt erfährt aus Hongkong, daß zwischen den französischen, englischen und russischen Kommandanten eine Konferenz stattfand, und daß beschlossen wurde, gemeinschaftlich an den Operationen gegen Nanking, dem Hauptst. der Rebellen, thätigen Theil zu nehmen. — In mehreren Stadtvierteln von Paris fehlte heute an Milch, und in den Markthallen war weder Butter noch Fische zu haben. Bei Poissy stürzte sich auf den von der Bretagne und der Normandie kommenden Güterzug eine Herde Ochsen, wodurch die Lokomotive und ein Gepäckwagen aus den Schienen kamen. Verwundet wurde glücklicher Weise Niemand, und die einzigen Opfer waren mehrere der Ochsen, die sich den Angriff auf den Dampfwagen erlaubt hatten; die Züge erlitten mehrstündige Verspätung. — Die heutige Börse war geschäftslos; die seit mehreren Tagen erwartete Erhöhung des Diskonts der englischen Bank von 4 auf 5 Proz. blieb ohne Einfluß; man wartet ab, was morgen die französische Bank thun wird. Rente schließt um 69.75. Mob. 1157.50. Ital. Anl. 70.10. — Hr. Beveire ist aus Turin wieder in Paris eingetroffen.

### Belgien.

**Brüssel, 27. Jan. (Köln. Ztg.)** Wie ich vernehme, ist der König heute Nachmittags 3 Uhr durch Professor Langenbeck vom Steine operirt worden. Nachrichten über den Erfolg der Operation sind mir bis zu dieser Stunde noch nicht zugegangen.

### Russland und Polen.

**Warschau, 24. Jan.** Man schreibt der „Danz. Ztg.“: „Eine Proklamation der provisorischen Regierung fordert zum Kampfe auf, und erklärt die Bauern zu Eigentümern der von ihnen besessenen Grundstücke, für die von Staats wegen den Gutsbesitzern Entschädigung verheißen wird. Indessen schließen sich die Bauern weniger als die Arbeiter der Bewegung an; daher bilden die Distrikte, welche viele und große Fabriken besitzen, wie z. B. Suchobniow bei Kielce, wo Eisengießereien, und Plock, wo viele Zuckerrüben vorhanden sind, den Haupttheil des Aufstandes; doch haben sich auch die freien Bauern im Augustowischen, welche die den Robotpflichtigen von der Regierung zugestandenen Begünstigungen nicht erhalten hatten, erhoben. Die Bewaffnung der Jungmänner soll im Ganzen mangelhaft sein; Senze und Lanze spielen die Hauptrolle, jedoch sollen auch gut konstruirte Kanonen vorhanden sein. Ein großer Theil der Verschworenen ist zu Pferde und viele sogar als Ulanen uniformirt.“

Die Warschauer Studentenschaft hat nach der „Schle. Ztg.“ fast einstimmig beschlossen, sich den Weisungen des revolutionären Zentralkomitees nicht zu unterwerfen.

**Warschau, 25. Jan.** Der „Nat.-Ztg.“ wird geschrieben: Die Aufständischen scheinen einen Guerillakrieg führen zu wollen. Bereits hat ein großer Theil der hiesigen Garnison die Stadt verlassen. Hier ist noch Alles ruhig,

aber wer kann wissen, wie lange. Gestern kam die Schnellpost von Siedlce hier an und brachte die Eingeweide des Generals Tscherkassoff, der auf dem Wege von Siedlce hieher von den Aufständischen getödtet wurde. Der Kondukteur berichtete, daß sich einige Meilen von Siedlce, unweit Biala, plötzlich eine Kolonne von ungefähr 1000 Mann, mit Pistolen und Revolvern bewaffnet, zeigte, die ihm zurief, stille zu stehen. Als er dem Ruf folgte, verlangte man den Personenzettel von ihm. Als sie den Namen Tscherkassoff erblickten, riefen sie aus: eben diesen suchen wir. Sie öffneten nun den Schlag und erklärten dem im Wagen sitzenden General, er sei vom Nationalkomitee zum Tode verurtheilt und sofort schickten sie seinen Revolver auf ihn ab; die Kugel zerschmetterte ihm den Kopf. Dann schleppten sie die Leiche aus dem Wagen, schnitten ihr den Bauch auf, rissen die Eingeweide heraus, warfen sie in den Postwagen, und sagten zum Kondukteur: Diese bringen Sie dem Großfürsten Konstantin, denn den Körper behalten wir, um unsern Oberen zu beweisen, daß wir ihre Befehle pünktlich erfüllen. So erzählt man und fügt hinzu, daß Tscherkassoff vom Statthalter zum Kriegsgericht gegen die Ghelmer Mörder abgeschickt worden war und gegen dieselben das Todesurtheil unterzeichnet hatte. Solche Fälle ereignen sich beinahe täglich. Hingegen ist der Generalintendant der Armee, General Sinelnikoff, der 100,000 Rubel mit sich führte und unterwegs von den Aufständischen angefallen wurde, glimpflicher behandelt worden. Man entwaffnete ihn, ersuchte ihn ganz artig, die 100,000 Rubel auszuliefern, und gab ihm dafür eine vom Nationalkomitee unterzeichnete Quittung darüber. So die Aufständischen. — Wichtig aber für die Ausbreitung des Aufstandes ist, daß sämtliche Gutsbesitzer ihren Bauern erklärt haben sollen, daß sie keinen Grundzins von ihnen verlangen und ihnen den Boden, den sie inne haben, auf ewige Zeiten schenken. Nun fangen die Landleute an zu warten, und an vielen Orten machen sie bereits gemeinschaftliche Sache mit den Aufständischen. Im Ganzen sollen bis 200,000 (?) Aufständische im Lande sein. In Plock hat man sich in den Straßen der Stadt geschlagen; über Nacht hatten die Polen die Stadt in der Gewalt. Des Morgens ermanneten sich die überraschten Truppen und nahmen einen Theil der Aufständischen gefangen. Ihr Anführer, ein Advokat Namens Zegrzda, erschoss sich selbst. Bei Gencistochau hielten die Aufständischen eine Eskorte von Kosaken, die 10 Gefangene führte, an, entwaffneten sie, und befreiten die Gefangenen. Die Kosaken zogen sie nach aus und ließen sie laufen. Die Regierung ist rathlos und weiß nicht, auf welchen Punkt sie zuerst Truppen abenden soll. Wir werden bald hier ganz ohne Garnison sein. (Vorstehender — wohl viel Uebertriebenes enthaltende — Brief ist der Redaktion der „Nat.-Ztg.“ heute mit dem Poststempel Warschau, 26. Jan. zugegangen.)

### Großbritannien.

**London, 27. Jan.** Dem Aufstand in Polen scheinen die englischen Tagesblätter wenig oder gar keine politische Wichtigkeit beizulegen; sie besprechen das Ereigniß größtentheils nur vom Gesichtspunkt der Menschlichkeit.

In wenigen Tagen — bemerkt die „Times“ — wird vermuthlich dieser neue polnische Aufstand niedergeschlagen sein, und die Ordnung wieder in den eroberten Städten herrschen. Das Schweigen der Militärschicht wird über dem Lande lagern. Die übrige Welt wird Nichts erfahren, als daß Hinrichtungen stattgefunden haben und daß ganze Haufen Unglücklicher nach Sibirien gewandert sind. Wir neigen uns der Meinung zu, daß der Aufstand das Werk einer Centralgesellschaft von Verschwörern ist, da die Möglichkeit des Angriffs und die Einheit des Planes vertraulich, daß er nicht aus einer Reihenfolge sprunghafter Ausbrüche bestand. Die Aufständischen haben auch Barbareien verübt, die man nur beklagen kann; denn sie haben Soldaten in den Häusern, wo sie einquartiert waren, ermordet. Es kommt wenig, in solcher Zeit zu loben oder zu tadeln. Geschichte und Menschenkenntnis lehren, daß die Schilbergebungen gedemütheter Völker immer größere Grausamkeiten im Gefolge haben, als die Operationen der gewöhnlichen Kriegsführung. Die Ermordung der russischen Soldaten muß gegen eine erhebliche Zahl eben so großer Grausamkeiten, welche die Regierung an polnischen Opfern begangen hat, in Rechnung gebracht werden. Andererseits wissen wir über die Bewegung kaum genug, um sicher zu sein, daß sie eine nationale Bedeutung hat.

Strenger urtheilt der „Herald“: Tapfere Männer vertheidigen ihre Freiheit nicht im Gewande mitternächtlicher Mordelender. ... Man kann das Schicksal der polnischen Nation zwar nicht ohne Mitleiden betrachten, aber auch andere Nationen hat ein eben so hartes Loos getroffen, und der praktische Politiker muß die Dinge nehmen, wie sie sind, nicht, wie sie sein könnten, u. s. w. „Telegraph“ und „Advertiser“ dagegen singen: „Noch ist Polen nicht verloren“, und harren mit freudiger Spannung der kommenden Ereignisse.

**London, 27. Jan.** Der Telegraph weiß wieder von einer ganzen Reihe neuer Kandidaten für den griechischen Thron zu reden, welche das englische Kabinet neuerdings ins Auge gefaßt haben soll. In erster Linie steht Prinz Eduard von Weimar, Sohn des Herzogs Bernhard von Weimar (seit 1851 mit der Tochter des Herzogs von Richmond morganatisch vermählt und bis jetzt kinderlos); 2) der Fürst von Leiningen; 3) Prinz Nikolaus von Nassau (abermals) u. A. Es mag genügen, diese Gerüchte zu erwähnen.

### Ägypten.

**Alexandria.** Der Timeskorrespondent, der zuerst die Verschiffung von ägyptischen Regersoldaten nach Mexiko bei der Deffentlichkeit denunziirt hat, trägt jetzt in einem Schreiben vom 13. Jan. einen Umstand nach, der die Maßregel in ein noch geschäftigeres Licht stellt. „In meinem letzten Brief — sagt er — erwähnte ich eines Gerüchtes, wonach eine Anzahl hiesiger Einwohner in den Straßen aufgegriffen, gepreßt und mit den aus Kairo eigens hergebrachten Negern zusammen eingeschiffet worden sei. Ich bedauere nun sagen zu müssen, daß diese Nachricht vollkommen wahr ist. Jeder Neger, den die Polizei fassen konnte, wurde gepackt und sofort nach dem französischen Transportschiff geschleppt, ohne

daß man ihm nur erlaubte, von seiner Familie Abschied zu nehmen. Es steht auch außer Frage, daß die Regierung einen Schub Leute in Bereitschaft brachte, um eine zweite Lieferung abzuliefern; aber der eifrige Protest der Konsuln von England, Oesterreich und Amerika, und der inzwischen eingetretene Regierungswechsel machen die Ausführung des Planes ganz unwahrscheinlich. Die einzige Antwort, welche die Regierung den Konsuln gegeben hat, lautet, wie ich höre, dahin, daß sie einfach einem Ersuchen der französischen Regierung willfährte, und keinen Augenblick denken konnte, daß Frankreich das Ersuchen gestellt haben würde, wenn darin etwas an sich Unrechtes oder Ungefährliches wäre.“

### Baden.

**Karlsruhe, 29. Jan.** Der Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“ kommt abermals auf die Gedardtsche Verurteilung an das Polytechnikum zurück; aber er vergißt, was er selbst behauptet hatte. Seine Behauptung ging dahin, daß die Regierung Gedardt habe am Polytechnikum anstellen wollen, daß diese ihre Absicht an einem Beschluß des Lehrpersonals gescheitert sei, und daß diese mannhafte That des Lehrpersonals allgemeinen Beifall finde. Hätte er nur das Mindere behauptet, was er jetzt selbst für unwahr erklärt, daß das Lehrpersonal über Gedardt befragt worden sei, und sich gegen ihn entschieden habe, so wäre eine Antwort kaum der Mühe werth gewesen. Hätte er gar nur, wie er es jetzt thut, gesagt, daß das Lehrpersonal zwar nicht offiziell, aber verraathlich über eine etwaige Anstellung gehört, und vertraulich sich dagegen ausgesprochen, so würden wir höchstens von der „Allg. Ztg.“ uns ausgeben haben, über diesen wunderbaren und gemüthlichen Geschäftsgang von nicht offiziellen vertraulichen Kommunikationen zwischen Regierung und Lehrpersonale des Polytechnikums uns ein anschauliches Bild zu geben, damit er als Neuheit in den Staatsorganismen eingeführt werden könnte. Der Korrespondent sagt, die „Karlsruher Zeitung“ kann nicht läugnen, daß die Berufung Gedardts besichtigt war. Sie hat davon keine sichere Kunde, so wenig sie weiß, ob eine solche Absicht aufgegeben ist. Es wäre mehr als seltsam, wenn der Artikel des Korrespondenten die große Regierung bestimmen würde, ihre früheren, jetzigen und künftigen Absichten in Anstellungssachen der „Karlsruher Zeitung“ anzuvertrauen, zumal da der Korrespondent unter Absichten je nach Bedarf die mannichfachsten Stadien der Gedanken bis zu den Entschlüssen zu begreifen scheint.

**Mannheim, 27. Jan.** Der Obergerichtsadvokat Ludwig Keller ist heute Morgen gestorben.

**Freiburg, 28. Jan. (Freib. Ztg.)** Ehem. Vernehmen nach ist die Neuwahl eines Abgeordneten für den ausgetretenen Abg. Kapserer zu Waldkirch auf Donnerstag den 5. Februar festgesetzt.

### Vermischte Nachrichten.

**Kassel, 27. Jan.** Eine heute bekannt gemachte Ordre bringt eine frühere Ordre in Erinnerung, wornach Militärs den Bart nicht so tragen dürfen, daß Schnurr- und Badenbart zusammenwachsen.

**Weimar, 23. Jan.** Geh. Justizrath v. Gerber in Jena (früher Tübingen) hat einen Ruf an die Universität Leipzig erhalten und angenommen.

### Aufruf zur Gründung eines Vereins für Ortsbeschreibung im Großherzogthum Baden.

Eine gründliche Kenntniß der geschichtlichen, naturgeschichtlichen und sozialen Verhältnisse unseres Vaterlandes ist für jeden Freund desselben Bedürfnis; gelangt er doch erst dadurch zum vollen Verständnis dessen, was ist und geschieht. Wohl fehlt es in unserm Lande nicht an Einzelnen, die eine Erforschung jener Verhältnisse in einzelnen Orten oder Gegenden sich angelegen sein lassen. Aber die Schwierigkeiten, solche Forschungen zum Gemeingut Aller zu machen — und dies müssen sie werden, sollen sie ihren Zweck erfüllen — sind für den Einzelnen, oft beim besten Willen, unüberwindlich. Nur eine Vereinigung Aller zu gemeinsamer Thätigkeit und Förderung kann die Folge erzielen, die für jeden Freund der Geschichte des Ortes, der Gegend und des Landes, da er geboren ward und lebt, und des Bodens, der ihn nährt, so wünschenswerth sind.

Durch mancherlei Zuspruch aufgemuntert, wollen die Unterzeichneten hiermit die Anregung zur Gründung einer solchen Vereinigung geben. Sie haben zwar vorerst nur den engern Bezirk des babilonischen Oberrheins, des obern Neckars und des Kraichgaues für jene gemeinsame Thätigkeit im Auge; aber dabei sprechen sie den Wunsch und die Hoffnung aus, daß nach diesem Vorgange auch in den übrigen Theilen unseres Vaterlandes sich kleinere Vereinigungen bilden möchten, die sich alsdann zu einem großen Landesverein verschmelzen sollten.

An alle diejenigen in dem genannten engern Bezirke, denen unsere Sache am Herzen liegt, insbesondere an die Geistlichen ohne Unterchied der Konfession, an die Beamten, Aerzte und Lehrer, ergeht der Aufruf:

Montag, den 9. Febr. 1863, Mittags 2 Uhr, im Gasthaus zu den drei Königen in Aglasterhausen, sich zur nöthigen Besprechung einzufinden zu wollen.

Hahnemann und Aglasterhausen, am 19. Jan. 1863.  
Wirth, Pfarrer. Stöcker, Arzt.

Unsere heute (29. d.) fällige Berliner Landtags-Korrespondenz war uns bis zum Schluß des Blattes noch nicht zugegangen. Ebenso ein Theil der fälligen Wiener Post. — D. Red.

### Nachricht.

### Telegramm.

**Berlin, 29. Jan.,** Nachmittags. Das Abgeordnetehaus hat die Adressdebatte beendet. Der Ministerpräsident v. Bismarck erklärte heute, die Regierung treibe keine Politik auswärtiger Verbindungen zur Erledigung innerer Streitigkeiten. Die Majoritätsadresse wurde mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen. Die Minorität bilden die Feudalen, Bunkeaner und fast alle Katholiken.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

